

702.29-01-2018

031.01-19/20

750.00-01

725.00-07

30.10.2018

Niederschrift über die Senatssitzung

(IV.1)

Frau Senatorin Prüfer-Storcks trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2018/2609, betreffend

Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2019/2020 nach § 34

Landeshaushaltsordnung

Entwurf eines Gesetzes zur Gewährleistung der

verfassungsrechtlichen Anforderungen an Fixierungen und zur

Änderung weiterer gesundheitsrechtlicher Vorschriften,

vor und gibt Änderungen in der Senatsmitteilung zur Niederschrift.

Der Senat nimmt Kenntnis und beschließt die mit der Drucksache vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft mit den zur Niederschrift gegebenen Änderungen. Der Präsident des Senats wird ermächtigt, bei der Präsidentin der Bürgerschaft die Vorwegüberweisung der Senatsmitteilung an den zuständigen Ausschuss zu beantragen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit

  
Andrea Stockmann



Berichterstattung:  
Senatorin Prüfer-Storcks  
Senator Dr. Steffen  
Staatsrätin Günther

Vorblatt zur  
Senatsdrucksache  
Nr. 2018/02609  
vom: 25.10.2018

IV.1

B | Vorweg

**Betrifft:** Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2019/2020 nach § 34 Landeshaushaltsordnung;  
Entwurf eines Gesetzes zur Gewährleistung der verfassungsrechtlichen Anforderungen an Fixierungen und zur Änderung weiterer gesundheitsrechtlicher Vorschriften

**A. Zielsetzung**

Änderung des Hamburgischen Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (HmbPsychG), des Hamburgischen Maßregelvollzugsgesetzes (HmbMVollzG), des Hamburgischen Strafvollzugsgesetzes (HmbStVollzG), des Hamburgischen Jugendstrafvollzugsgesetzes (HmbJStVollzG), des Hamburgischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes (HmbSVVollzG), des Hamburgischen Untersuchungshaftvollzugsgesetzes (HmbUVollzG) und des Hamburgischen Abschiebungshaftvollzugsgesetzes (HmbAHaftVollzG) anlässlich einer aktuellen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Anforderungen an die Fixierung von öffentlich-rechtlich untergebrachten Personen sowie Änderung weiterer gesundheitsrechtlicher Vorschriften, für die sich Änderungsbedarf ergeben hat.

**B. Lösung**

Einbringung eines Gesetzes zur Gewährleistung rechtskonformer Fixierungen nach dem HmbPsychKG, dem HmbMVollzG, dem HmbStVollzG, dem HmbJStVollzG, dem HmbSVVollzG, dem HmbUVollzG und dem HmbAHaftVollzG sowie zur Umsetzung der weiteren Änderungsbedarfe.

**C. Auswirkungen auf den Haushalt**

Die Einführung einer vorherigen richterlichen Anordnung des zuständigen Gerichts bei bestimmten nicht nur kurzfristigen Fixierungen wird zusätzliche Personal- und Sachkosten bei der Justiz in noch nicht quantifizierbarem Umfang verursachen.

**D. Auswirkungen auf die Vermögenslage**

Die zusätzliche Kosten erhöhen den Aufwand und belasten insoweit das Eigenkapital.

**E. Sonstige finanzielle Auswirkungen**

Keine

**F. Auswirkungen auf:**

- Familienpolitik**
- Klimaschutz**
- Bürokratieabbau**
- Inklusion**
- Gleichstellung**

**G. Alternativen**

Verzicht auf die notwendigen gesetzlichen Anpassungen und die Verstärkung der Amtsgerichte, um die verfassungskonforme Umsetzung des Richtervorbehalts bei der nicht vorübergehenden Fixierung sicherzustellen.

**H. Anlagen**

Gesetzentwurf einschließlich Begründung